

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/184

Bonn, den 24. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Aufschlußreich</u>	21

Verstärkter Einfluß von Industrie und Wirtschaft im Bundestag

1	<u>Zeichen und Wunder ?</u>	22
---	-----------------------------	----

Moskaus UNO-Delegierte applaudieren zu US-Angriffen
auf Chinas Politik

2	<u>Schwierig und entbehrungsreich</u>	45
---	---------------------------------------	----

Vor Hamburg entsteht ein neuer Hafen

3 - 5	<u>Frankreich hat einen neuen Oppositionskandidaten</u>	58
-------	---	----

Kommunisten unterstützen Mitterrand

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + +

Aufschlußreich

Verstärkter Einfluß von Industrie und Wirtschaft im Bundestag

sp - Schon im Vierten Deutschen Bundestag konnten sich Industrie und Wirtschaft rühmen, einen recht hohen Einfluß zu besitzen. Die Fraktion der CDU und CSU beherbergten insgesamt 33 Abgeordnete, deren berufliche und sonstige Bindungen zu den Industriekonzernen, großen Handelsunternehmen und anderen wichtigen Gruppen der Wirtschaft nicht unbekannt waren. Die Stozkraft dieser Abgeordneten in ihren Fraktionen äußerte sich zwar meist lautlos, fand jedoch in einer Reihe von Gesetzen und Gesetzentwürfen einen nicht unbeträchtlichen Niederschlag. Den Wählern und Mitgliedern der CDU und der CSU war dies wenig bekannt, und die Fraktionen legten auch keinen Wert darauf, daß die stille, aber doch recht wirkungsvolle Tätigkeit dieser Abgeordneten allzu publik wurde. - Offenbar genügte der Wirtschaft dieser Einfluß jedoch nicht. Schon bei der Aufstellung der Kandidaten hörte man hier und dort, daß verdiente Parlamentarier verdrängt wurden und an ihre Stelle in der Partei wenig bekannte Persönlichkeiten traten, deren Verbindungen besonders zur Großindustrie jedoch mindestens einem kleinen Kreis der Führungsgremien der Regierungsparteien bekannt waren. Diese "Arbeit" hinter den Kulissen hat sich bezahlt geracht. Im Fünften Deutschen Bundestag werden anstatt bisher 33 insgesamt 43 Vertreter aus Industrie und Wirtschaft ihren Einfluß geltend machen können. Man wird das sicher bald zu spüren bekommen.

+ + +

Zeichen und Wunder ?

Moskaus UNO-Delegierte applaudieren zu US-Angriffen
auf Chinas Politik

sp - Manchmal geschehen auch in der Politik Zeichen und Wunder. So am Donnerstag dieser Woche in der UNO. Dort legte der UNO-Chefdelegierte der Vereinigten Staaten, Goldberg, ein Abrüstungspaket vor, das eine Mischung von alten und neuen Vorschlägen und von neuen Zugeständnissen an die Russen, aber auch der Aufrechterhaltung alter Prinzipien der USA-Abrüstungspolitik darstellt. Das wäre schon mehrfach zu verstehen gegeben - auch während der letzten Abrüstungsgespräche in Genf -, daß sie bereit seien, neue Abrüstungsvorschläge zu unterbreiten, wenn die Russen ihrerseits zu erkennen gäben, daß sie sich ernsthaft mit diesen Vorschlägen befassen wollen. - Neu und verwunderlich ist dagegen, daß der sowjetische Chefdelegierte laut Beifall klatschte, als Goldberg erklärte, die Chinesen verfolgten eine Politik, die das Risiko eines dritten Weltkrieges in sich trage. Die Amerikaner haben schon mehrfach diese Ansicht geäußert. Bisher jedoch wurde ihnen selten Beifall gezollt, am allerwenigsten von den Mitgliedern der sowjetischen UNO-Delegation. Diese mögen wohl dasselbe wie ihre amerikanischen UNO-Kollegen gedacht haben, sie hüteten sich jedoch, ihre Gedanken offen kundzutun.

Der jetzt beobachtete offene Beifall für die amerikanische Einschätzung der chinesischen Politik ist beachtlich; er könnte ein Hinweis darauf sein, daß Moskau auch bei der Lösung anderer Probleme die Zusammenarbeit mit Washington sucht.

+ + +

Schwierig und entbehrungsreich

Vor Hamburg entsteht ein neuer Hafen

ap - Seit vielen Monaten verrichten dreißig Männer vom Strom- und Hafenbauamt der Hansestadt Hamburg im Wattenmeer vor der Unterelbe eine schwierige und entbehrungsreiche Arbeit. Sie bereiten den Bau des Elbevorhafens im Wattenmeer bei der ungeschützten Insel Neuwerk mit wissenschaftlichen Methoden vor. In ihrer Hand liegt es, Millionen von Meßdaten über Wellenbewegungen, Sandwanderung, Gezeiten-Charakter, Strömungsrichtung sowie Salz- und Schwebstoffgehalt des Wassers exakt festzustellen. Der Meeresboden muß quadratzentimetergenau kartografiert werden. Ohne all diese Voraussetzungen wird es einfach unmöglich sein, den größten europäischen Hafen im Wattenmeer vor der Küste eines Tages zu bauen.

Die Forschergruppe steht unter der Leitung des Diplomingenieurs Döhren. Seine Männer sind fernab jeder Zivilisation auf den bei Hochwasser überfluteten Eiland Scharhörn in einem Pfahlbau oder in einem Ziegelhaus neben dem Leuchtturm auf der Insel Neuwerk untergebracht. Einige von ihnen kampieren auch auf dem 126 Tonnen großen neuen Forschungsschiff "Kige Wark". Dieses Schiff, das nur eine Tiefe von 160 Zentimetern hat, ist geeignet, die "Meßarbeiter" durch die Priele des Wattenmeeres zu bringen und auf den Sanden abzusetzen. Ferner steht eine Barkasse zur Verfügung, die nur noch 60 Zentimeter Tiefgang hat.

Gearbeitet wird mit den modernsten wissenschaftlichen Meßgeräten, die gegenwärtig in der Welt zu haben sind. Zum Teil sind diese Geräte noch für den speziellen Zweck weiterentwickelt worden. Auf Helgoland sowie an der Küste bei Büsum und bei Langwarden wurden Kurzwellensender etabliert, die mit Hilfe der Dreieckpeilung die genauen Standorte der beiden kleinen Forschungsschiffe feststellen und damit auch die Markierungspunkte im Wattenmeer festlegen.

Im letzten Jahr wurden 90 und in diesem Jahr bisher 250 Quadrat-kilometer Wattenmeer topografisch erfaßt. Das ist notwendig, um zu wissen, wo die großen Hafentulen gebaut und die Fahrrinnen angelegt werden sollen. Um die richtige Lage der Molen und ihre entsprechenden Dimensionen vorweg festlegen zu können, wird mit Wattstrom-Messern Richtung und Geschwindigkeit der Meeresströmung registriert. Selbstschreibende Pegel, welche die Wellenhöhen registrieren, müssen laufend im Wattenmeer überwacht werden. Hier kamen neuartige Geräte, die über Funk gesteuert werden, aus Holland.

In den nächsten Tagen werden die dreißig Mann im Wattenmeer damit beginnen, Erkenntnisse über die Bodenverhältnisse zu sammeln. Grundbohrungen auch in Tiefwasser bis zu dreißig Meter in den Boden hinein müssen vorgenommen werden. Die Bräproben sind dann vom geologischen Landesamt in Hamburg zu untersuchen. Das ist notwendig, um zu errechnen, was der Baugrund für die großen Kai-Anlagen des Hamburger Vorhafens in der Nordsee einmal zu tragen vermag. Es wird damit gerechnet, daß die Meßarbeiten im Wattenmeer 1969 beendet sind und dann mit dem Bau des Hafens selbst begonnen werden kann.

Frankreich hat einen neuen Oppositionskandidaten

Kommunisten unterstützen Kitterand

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Frankreich steht im Zeichen der Präsidentenwahlkampagne. De Gaulle gab auf seiner Pressekonferenz am 9. September den Startschuß. Mit Absicht läßt er im Dunkeln, ob er am 5. Dezember wieder kandidieren und für weitere sieben Jahre Frankreichs Staatspräsident sein will. Erst vier Wochen vor dem Wahltag will er das Geheimnis lüften.

De Gaulle oder Pompidou - oder beide?

Infolge dieses Manövers haben es die Gegenkandidaten schwer. Sie wissen nicht, ob sie gegen de Gaulle persönlich oder gegen seinen Stellvertreter Georges Pompidou auftreten müssen, den der General in letzter Minute verschieben könnte.

Es gibt auch noch eine dritte Möglichkeit, die der General möglicherweise vorbereitet: eine neue Verfassungsreform, nach welcher der Senat abgeschafft und eine Vizepräsidentschaft eingeführt würde. Damit wäre nicht mehr Senatspräsident Gaston Kommerville, ein überzeugter Demokrat, de Gaulles automatischer Nachfolger für den Fall eines plötzlichen Ablebens, sondern ein von de Gaulle selbst gewünschter und noch zu Lebens- und Regierungszeiten eingeführter Vizepräsident, beispielsweise der gegenwärtige Premierminister Georges Pompidou.

De Gaulle hält mit allen diesen Plänen so lange wie möglich hinter dem Berg, um die Opposition erst in letzter Stunde mit einer massiven Volksentscheid- und Präsidentenwahlkampagne zu überrumpeln. Auf diese Weise hofft er, dank des Überraschungseffektes, mit Hilfe eines übermächtigen Staats- und Propagandaapparates noch einmal über eine zersplitterte Opposition zu siegen. - Man sieht, diese Opposition hat es nicht leicht. Die rechtsunabhängigen Konservativen zögern ebenso wie die Demokraten der französischen Linken und Mitte. Auch die Kommunisten haben bis jetzt noch keinen Beschluß gefaßt.

Zersplitterte und unschlüssige Rechtsopposition

Kur der rechtsradikale Advokat Tixier-Vignancour, ein alter Anhänger des Marschall Pétain und begabter Verteidiger der OAS-Generäle, zog den ganzen Sommer hindurch mit seinem Zirkuszelt von der Normandie bis zur Riviera, um die französischen Urlauber für seine Sache zu gewinnen. Wahrscheinlich wird Tixier die übliche Quote, über die der traditionelle Rechtsradikalismus in Frankreich verfügt (5 bis 10 %) kaum überschreiten. Seine Chancen hängen weitgehend davon ab, ob Antoine Pinay (76), der allgemein anerkannte Chef der Rechtsunabhängigen kandidiert.

Bis jetzt haben die wiederholten Bemühungen der Konservativen, von der MRP (katholische Volksrepublikaner) bis zu den Rechtsunabhängigen, nicht vermocht, den ehemaligen Finanzminister aus seiner Reserve zu locken. Er gab zu verstehen, daß er nur unter zwei Voraussetzungen bereit wäre, sich zu stellen: entweder nach einem Rücktritt oder Verschwinden de Gaulles oder für den Fall, daß noch unter dem Regime de Gaulles Frankreichs Lage als "katastrophal" bezeichnet werden könnte.

Eine derart "katastrophale" Situation war, nach Auffassung konservativer Parteikreise, nach de Gaulles letzter Pressekonferenz gegeben: die Pfeile des Generals gegen den Atlantikpakt und gegen die EWG wirkten alarmierend. Pinsky schien daraufhin geneigt, dem Drängen seiner Anhänger nachzugeben.

Ernpt veröffentlichte de Gaulle eine berichtigende Erklärung, in welcher er die Bürger und Bauern beschwichtigte und einen Teil seiner aggressiven Erklärungen zurücknahm oder richtigstellte. Pinsky hat nun neuen Grund zu "Überlegungen". Wahrscheinlich wird er keinen Entschluß fassen, ohne de Gaulle nicht seine eigenen Absichten bekanntgegeben hat.

Von Defferre...

Die Unentschlossenheit und das Schwanken im konservativen Lager öffnen neue Chancen für die demokratische Linksopposition, die sich jetzt von Mißerfolg Defferres erholt hat. Der neue Kandidat der Linksopposition Francois Mitterrand (49) hat aus mehreren Gründen größere Chancen als Defferre, was natürlich noch nicht heißt, daß er das Rennen auch tatsächlich zu gewinnen vermag.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Marseille hatte jedenfalls zu früh mit seiner Kampagne begonnen und zu große Bedingungen gestellt. Als Voraussetzung seiner Kandidatur forderte er den organisatorischen Zusammenschluß sämtlicher Links- und Mittelparteien von den Sozialdemokraten über die Liberalen bis zu den Christdemokraten.

Zugleich baute er eine hohe Mauer gegen die Kommunistische Partei, die in Frankreich normalerweise über 20 bis 25 Prozent der Wählerstimmen verfügt. Defferres Ziel, nicht nur Präsidentschaftskandidat der demokratischen Links- und Mittelparteien zu sein, sondern zugleich auch eine Art Labour-Party gegen Kommunisten und Gaullisten aus dem Boden zu stampfen, war ein hoch- und weitgestecktes Ziel, das sich nicht in einigen Monaten verwirklichen läßt, sondern eine Aufgabe für viele Jahre ist. Man überwindet nicht im Handumdrehen Traditionen, die in Generationen gewachsen sind.

Wahrscheinlich wußte das auch Defferre sehr gut, als er seine Pläne schmiedete und seinen "Horizont 80" entwarf. Aus Gesprächen mit Defferre konnte man entnehmen, daß es ihm im Grund genommen nicht so sehr darauf erkan, tatsächlich de Gaulles Nachfolger in einer 5. oder 6. Republik zu werden, als vielmehr Frankreichs politischen Boden für spätere Zeiten umzuackern. Er wurde bekanntlich nicht aus eigenem Antrieb und auch nicht auf Initiative seiner Partei, sondern auf Drängen eines Freundeskreises frühzeitig in die Rolle des Präsidentschaftskandidaten gedrängt und nutzte diese Gelegenheit, für Reformen zu werben, deren das Land dringend bedarf, für welche die meisten Franzosen aber noch nicht bereit sind.

...zu Mitterrand

Anders Mitterrand. Seine Ambitionen sind geringer und zugleich größer. Sein Start erfolgt zur rechten Zeit. Er wurde von niemandem gedrängt sondern hat seine Entscheidung selbst getroffen. Er hat nicht das Handicap einer großen Partei mit ihrer notwendigen, aber zuweilen schwerfälligen Disziplin, sondern ist selbst unbestrittener Chef einer

kleinen Gruppe, der "Union Démocrate-Socialiste de Résistance" (UDSR, Widerstandsdemokraten), die seiner Kandidatur sofort zugestimmt hat. Defferre dagegen brauchte erst die Zustimmung eines Außerordentlichen Parteitages mit stürmischen öffentlichen Debatten.

Ebenso unterstützen alle anderen demokratischen Linksparteien, insbesondere SFIO und die Radikalen, Mitterrand vorbehaltlos. Defferres Experiment hatte jedoch etwas Gutes. Die Wege sind geebnet, die Grenzen abgesteckt. Man weiß heute, daß man auf die MRP (Christdemokraten) nicht rechnen kann. Die demokratischen Linksparteien (SFIO, Radikale, Widerstandsdemokraten und eine Reihe von "Klubs"), haben sich einstweilig zu einer "Sozialistisch-demokratischen Föderation" zusammengeschlossen, die nicht nur für die Präsidentenwahl, sondern für die ganzen nächsten Jahre ein grundsätzliches Aktionsprogramm aufgestellt hat. - Der KRP steht es frei, den gemeinsamen Kandidaten der demokratischen Linken und Mitte zu unterstützen. Es ist wahrscheinlich, daß der linke Flügel der MRP, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, Mitterrand einem Piray vorziehen.

Die Entscheidung der Kommunisten

Am Donnerstag dieser Woche hat nur das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs beschlossen, den Kandidaten Mitterrand als Exponenten einer gemäßigten Linken bei der Präsidentschaftswahl zu unterstützen. Diese Entscheidung, deren politisches Kalkül sehr hintergründig ist, erhöht natürlich rein stimmenmäßig die Chancen Mitterrands gegen de Gaulle. Von den Kommunisten wird Mitterrand zwar als ein "bürgerlicher Politiker" bezeichnet, aber ohne Zweifel befürchtet man bei der Unterstützung seiner Kandidatur nicht, daß sich allzu deutlich zeigen könnte, wie stark bzw. wie schwach die Kommunistische Partei wirklich ist. Eine Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten Gaston Defferre hätte sich die KPF nicht leisten können. Einmal hatte Defferre selbst erklärt, daß er die Stimmen der Kommunisten nicht wünsche, sondern die demokratische Mitte sammeln wollte. Zum anderen hätten die Kommunisten damit rechnen müssen, daß ihre Wähler dem Bürgermeister von Marseille die Stimme gegeben hätten, auch wenn die KPF offiziell die Kandidatur von Defferre bekämpft hätte. Bei einer Kandidatur Defferres hätten die Kommunisten ihre Anhänger entweder auffordern müssen, sich der Stimme zu enthalten oder aber sie wären durch den Gang der Dinge gezwungen worden, einen eigenen, aber völlig aussichtslosen Kandidaten aufzustellen. Mitterrand erschien den Kommunisten daher als das kleinere Übel, wobei sie außerdem noch die Chance wittern, nach der Präsidentschaftswahl eine neue Art von Volksfront ins Leben zu rufen, in der sie dann wieder einmal eine Rolle spielen könnten. Bei Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten Defferre wäre dies nicht möglich gewesen.

Unter Zugrundelegung der Stimmenzahlen bei früheren Wahlen könnte es also durchaus möglich sein, daß Mitterrand bei der Präsidentschaftswahl ca. 35 bis 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. Man rechnet aber damit, daß nurmehr ein Teil der bisherigen Anhänger rechter Splittergruppen ihre Stimmen de Gaulle geben werden.